Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.,
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 8. April 1888. Nr. 165.

Deutschland.

Berlin, 7. April. Aus dem Charlottenburger Schloß wird gemeldet, daß der Kaiser in der verflossenen Nacht zwar nicht so gut geschlafen habe, wie in den vorhergegangenen, daß sich dagegen der Auswurf wiederum verminderte und absolut keine Färbung mehr zeige. Das Allgemeinbefinden des Monarchen war im Laufe des Tages, trotz der nicht ganz ruhig verlaufenen Nacht, ein befriedigendes.

Heute Vormittag um 10 Uhr erschien der Minister von Puttkamer im Schloß von Charlottenburg, um dem Kaiser Bericht über seine Reise in die Ueberschwemmungs-Gebiete zu erstatten, und verblieb bis 11¼ Uhr bei dem Monarchen in der Orangerie, wo Allerhöchstderselbe auch heute wieder arbeitete. Kurz vor der Verabschiedung des Ministers meldete sich der Chef des Militär-Kabinets, General von Albedyll, mit welchem Se. Majestät sodann bis gegen 1¼ Uhr gemeinsam arbeitete.

Eine halbe Stunde später unternahm der Kaiser im geschlossenen Wagen eine Spazierfahrt in der Richtung nach Westend.

— Wie die „Nat.-Ztg." vernimmt, wird die Kaiserin und Königin Viktoria demnächst in das Ueberschwemmungsgebiet abreisen.

— Die Kaiserin Augusta hat heute für die durch die Wassersnoth Geschädigten eine zweite Gabe von 1000 M. bewilligt. Eine Gabe in gleicher Höhe ist außerdem heute von den großherzoglich badischen Herrschaften dem Vaterländischen Frauenverein für die Hülfsbedürftigen überwiesen worden.

— Einem Spezial-Telegramm aus Charlottenburg entnimmt das „British Medical Journal" die Mittheilung, daß das Befinden des deutschen Kaisers ein höchst befriedigendes sei. Die Krankheit scheine momentan sich im Zustande der Ruhe zu befinden; es sei kein Zeichen eines Umsichgreifens derselben wahrnehmbar, und die Drüsen seien nicht im Mindesten involvirt. Das Allgemeinbefinden Seiner Majestät sei ausgezeichnet, und sein Aussehen bekunde keine Spur von Krankheit oder Leiden, ausgenommen, daß sein Haar sehr grau geworden sei. Das Fachblatt fährt dann fort: „Die Stellung, welche Sir Morell Mackenzie von Anfang einnahm, und die er seitdem stetig behauptet hat, scheint jetzt mehr Anklang unter den Aerzten in Deutschland zu finden, als dies bis ganz kürzlich der Fall war. Die verhängnißvollen Folgen mehrerer Fälle, in denen ähnliche Operationen jüngst vollzogen worden, scheinen die Augen der Leute hinsichtlich der Größe des Risikos geöffnet zu haben, dem der kaiserliche Kranke ohne das Dazwischentreten des englischen Arztes, in den er nicht unnatürlich solches Vertrauen setzt, ausgesetzt gewesen sein würde. Sir Morell Mackenzie sollte am 16. d. M. nach London zurückkehren, allein wir hören, daß er in Verfolg des dringlichen Gesuches des Kaisers eingewilligt hat, seine Abreise von Berlin für eine kurze Zeit zu verschieben."

Berlin, 7. April. Zu den Demissions-Gerüchten des Fürsten Bismarck schreibt die „Nat.-Zeitung":

Die „Köln. Ztg." sucht ihre mißverständlich zugespitzten und wenig geschickt erläuterten Meldungen über eine angebliche Rücktrittsabsicht des Fürsten Bismarck durch eine Polemik gegen diejenigen Blätter zu vertheidigen, welche das Wahre von dem Falschen gesondert haben, darunter auch gegen uns. Wir haben keinen Anlaß, auf diese Auseinandersetzung einzugehen. Die Sache verhält sich so, wie wir sie dargestellt haben. Dem Reichskanzler ist von dem Vermählungs-Projekt Kenntniß gegeben worden; er hat die politischen Gegengründe geltend gemacht, und der Plan ist danach nicht weiter verfolgt worden, so daß der Kanzler keinen Grund gehabt hat, ein Demissions-Gesuch zu beabsichtigen. Die Angelegenheit ist zur Zeit erledigt. Was geschehen würde, wenn sie von Neuem in den Vordergrund träte, das ist eine Frage für sich; es würde auf die Umstände ankommen. Man kann sich ja auch Verhältnisse denken, unter denen der fraglichen Heirath kein Hinderniß mehr im Wege stände, z. B. wenn die bulgarische Frage gelöst wäre.

Inzwischen ist doch Manches aus den Erörterungen der letzten Tage noch bemerkenswerth. Einige Berliner Fortschritts-Blätter, welche sich — allem Anschein nach unaufgefordert — seit dem Thronwechsel zu jeder servilen Dienstleistung drängen, waren vom ersten Auftauchen des Gerüchtes von Meinungsverschiedenheiten betreffs der Battenbergischen Heirath bemüht, den Widerspruch des Reichskanzlers gegen eine solche als unberechtigt darzustellen. Die Heirath einer Tochter des deutschen Kaisers, so kann man in diesen Zeitungen täglich lesen, ist eine reine Privatangelegenheit; eine Einmischung des Fürsten Bismarck in dieselbe kommt auf das berühmte „Hausmeierthum" heraus; eine Rücksichtnahme auf Rußland — die doch in Wahrheit nur darin bestände, nicht unnöthiger Weise der deutschen Politik neue Schwierigkeiten zu schaffen! — ist eine Feigheit, ein Appell an die Furcht, eine Verleugniß des Wortes, daß man in Deutschland nur Gott und sonst Niemand fürchtet!

Selbst in den Berliner fortschrittlichen Blättern wird dieses absurde Treiben nicht einmüthig mitgemacht. In der Presse des Landes ist davon in keinem Parteilager etwas zu bemerken. So schreiben die dem Deutsch-Freisinn sehr nahe stehenden Münchener „Neuest. Nachr.", nachdem sie daran erinnert, daß Fürst Bismarck schon früher gegen eine Heirath der Prinzessin Viktoria mit dem damals noch regierenden Fürsten von Bulgarien gewesen:

„Die Ereignisse haben ihm Recht gegeben: Deutschland hätte in den Orientwirren der letzten Jahre, die der Vertreibung des Battenbergers folgten, nicht mit verschränkten Armen als unbetheiligt, als ehrlicher Makler zwischen Rußlands und Oesterreichs widerstreitenden Interessen dastehen können, wenn so nahe Bande der Verwandtschaft sein Kaiserhaus mit dem Battenberger verbunden hätten. Abermals treiben die Dinge in Bulgarien dem Chaos entgegen, und man weiß, daß das Andenken des tapferen Fürsten Alexander dort noch hochgehalten, die Hoffnung auf seine Rückkehr nicht aufgegeben wird. Die Vermählung einer Tochter des deutschen Kaisers mit Alexander von Battenberg müßte diesen Aspirationen ebenso einen nachhaltigen Anstoß gewähren, wie sie andererseits den russischen Zaren, dessen Haß gegen seinen Vetter unversöhnlich scheint, auf's schwerste verletzen würde."

Der klerikale „Westfäl. Merk." sagt, obgleich bekanntlich in klerikalem Lager der Haß gegen Rußland groß ist:

„Der Bräutigam in spe ist der vertriebene Fürst von Bulgarien, jener Mann, der in Petersburg tödtlich gehaßt wird. Eine enge verwandtschaftliche Verbindung zwischen diesem und unserem Kaiserhaus müßte aber den Zorn und das Mißtrauen Rußlands heraufbeschwören. So sieht wenigstens Fürst Bismarck die Sachlage an, und das wohl nicht mit Unrecht. Wo aber hohe politische Gesichtspunkte in's Spiel kommen, muß jede „unklare Gefühlspolitik" schweigen, und auch „maßgebende Persönlichkeiten" haben ein Opfer zu bringen. Also Wahl zwischen der Freundschaft Rußlands und einer Herzensheirath. Wie da die Entscheidung fallen wird, erscheint uns nicht zweifelhaft."

Die radikale „Frankfurter Zeitung" bemerkt unter Anderem:

„Fürst Bismarck hat vor dem Kaiser, vor der deutschen Nation und vor der Welt seiner Stellung und persönlichen Bedeutung nach die volle Verantwortlichkeit für die äußere Politik zu tragen, er kann kein Partikelchen davon auf eine andere Stelle abwälzen, denn diese Politik gilt im Ganzen und in allen Einzelnheiten als sein Werk. Sobald er hier seine Zirkel durch irgend einen Entschluß gestört sieht, den er nicht billigen kann, muß er die Verantwortlichkeit für die Folgen desselben von sich weisen und dafür giebt es in dem Verhältniß des Dieners zum Herrscher sowohl, wie auch in der konstitutionellen Sphäre des Verfassungsstaates keine andere Form, als die des Rücktrittes."

Diese Sätze sind besonders denjenigen hiesigen Fortschritts-Blättern zu empfehlen, welche in ihrem zudringlichen Servilismus auch jetzt wieder die ersten konstitutionellen Grundsätze verleugnen und die ganze Frage durch die Versicherung erledigen zu können glauben, daß der Kaiser die politische Tragweite des Heiraths-Projektes ebenso zu beurtheilen vermöge, wie der Kanzler. Dies ist ohne Zweifel der Fall, aber der Kanzler ist, so lange er dieses Amt bekleidet, für die Politik des Reiches verantwortlich.

Uebrigens bringt das zuletzt zitirte Frankfurter Blatt folgende Mittheilung aus Darmstadt, welche mit der Meldung, daß die Angelegenheit zur Zeit erledigt ist, übereinstimmt:

„Nach dem, was seit mehreren Tagen hier in gut unterrichteten Kreisen erzählt wird, waren die Vorverhandlungen über die Verlobung der beiden genannten fürstlichen Persönlichkeiten vor etwa 8 Tagen bereits so weit gediehen, daß Fürst Alexander am zweiten Osterfesttage nach Berlin reisen wollte; es scheint die Proklamirung der Verlobung für den 5. April (den Geburtstag des Fürsten) in Aussicht genommen gewesen zu sein. Alles war hier im Palais auf dem Louisenplatz bereits zur Abreise vorbereitet, und die Koffer schon gepackt, als auf einen von Berlin gegebenen Wink hin die Reise plötzlich unterblieb. Ich theile dieses Gerücht selbstverständlich unter aller Reserve mit, muß aber daran erinnern, daß die fragliche eheliche Verbindung bereits seit Anfang 1884 ein Lieblingswunsch der nunmehrigen Kaiserin Viktoria ist. Als im April jenes Jahres hier die Vermählung der ältesten Tochter unseres Großherzogs, Prinzessin Viktoria, mit dem Prinzen Ludwig von Hessen gefeiert wurde, ist die betreffende Angelegenheit zwischen der damaligen Kronprinzessin des deutschen Reiches und dem Fürsten Alexander, welche beide hier anwesend waren, soweit als nur möglich gefördert worden. Der Fürst reiste bald darauf nach Berlin, fand indeß am Reichskanzler einen entschiedenen Gegner der geplanten Heirath, die denn auch unterblieb. Zwischen den Betheiligten wurde aber das ganze Projekt nicht aufgegeben, sondern nur der richtige Augenblick abgewartet, um damit wieder hervorzutreten. Daß man den gegenwärtigen Zeitpunkt hierzu für geeignet hält, liegt ebenso auf der Hand, wie die leicht begreifliche politische Rücksicht, die den Reichskanzler heute ebenso nöthigt, sich jener Heirath zu widersetzen, wie im Jahre 1884."

In der hiesigen fortschrittlichen Presse ist auch die Behauptung aufgestellt worden, das Heiraths-Projekt werde nur zur Erklärung der — von dieser Seite mit heller Genugthuung aufgenommenen — „Krisis" benutzt; es lägen ihr ganz andere, tiefere Ursachen zu Grunde. Die „Konf. Korresp." leistet jenen Blättern den Dienst, in demselben Sinne Folgendes zu schreiben:

„Es ist nicht zutreffend, wenn die Anlässe zu dem erwähnten Entschluß des Reichskanzlers nur mit einem angeblichen Heirathsplan, dessen Verwirklichung dem Fürsten Bismarck politisch bedenklich erschienen wäre, in Verbindung gebracht werden. Es scheint vielmehr doch, daß der Reichskanzler durch eine Reihe von Maßnahmen, die dem Gebiete der inneren Politik angehören oder der von ihnen berührten Sphäre und der von ihnen ausgehenden Wirkung nach noch intimer charakterisirt werden müssen, zu dem Eindruck geführt hat, daß sein Rath bei der Krone sich nicht mehr derselben Werthschätzung zu erfreuen hat wie zu den Zeiten des verewigten Kaisers und daß zwischen seinem thatsächlichen Antheil an manchen Beschlüssen und Absichten und dem von der öffentlichen Meinung vorausgesetzten ein Mißverhältniß besteht, welches eine andere Lösung als durch den Rücktritt auch von der äußeren Verantwortung kaum zuläßt."

Die „Konf. Korresp." — welche übrigens „an der zuversichtlichen Hoffnung festhält, daß es möglich sein wird, einen allseitig befriedigenden Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten zu finden" — hat sich bisher nicht gerade als eine zuverlässige Nachrichten-Quelle erwiesen. Was sie hier behauptet, entspricht fortschrittlichen Wünschen, vielleicht auch solchen, welche — aus anderen Gründen — auf der äußersten Rechten gehegt werden. Diese Angaben aber hält man für unzutreffend.

— Ueber das angebliche Entlassungsgesuch des Reichskanzlers schreibt die „Magd. Ztg.":

„Seit längerer Zeit schon ist es aus Hofkreisen bekannt geworden, daß der Fürst von Battenberg den Plan hege, sich durch eine Heirath mit dem kaiserlichen Hause von Deutschland näher zu verbinden. Als diese Gerüchte zu Lebzeiten des Kaisers Wilhelm in die Oeffentlichkeit drangen, folgte ihnen auch sofort zwar keine Verneinung, wohl aber die Erklärung, daß das Oberhaupt des kaiserlichen Hauses der Verbindung einer Tochter des deutschen Kronprinzen mit dem genannten Fürsten aus politischen Gründen abgeneigt sei, und daß der Kaiser seine Einwilligung dazu nicht geben werde.

Neuerdings sind nun die Bemühungen des Fürsten v. Battenberg um die Hand einer Tochter unseres jetzigen Kaisers abermals in den Vordergrund getreten. Es ist bekannt, daß der genannte Fürst, dessen Bruder der Gemahl der Lieblingstochter der Königin von England ist, sich sowohl der Gunst dieser Herrscherin als unserer jetzigen Kaiserin (seiner Schwägerin) in hohem Grade erfreut. Er hat demnach seine Werbung erneuert, mit welcher er zur Zeit, da die Entscheidung in der Hand des regierenden Kaisers liegt, den Erfolg zu haben hoffen mochte, der ihm früher fehlte. Indessen ist, so hart das vom rein menschlichen Gesichtspunkte aus erscheinen mag, die Verheirathung einer Tochter des deutschen Kaisers unter allen Umständen keine reine Familien-, sondern zugleich eine politische Angelegenheit und, wie früher Kaiser Wilhelm, so ist der Kanzler Fürst Bismarck noch jetzt davon durchdrungen, daß eine Verbindung der Kaisertochter mit dem Fürsten v. Battenberg unseren politischen Beziehungen nicht förderlich, sondern abträglich sein würde.

Von dieser seiner Ueberzeugung wird der Kanzler, vom Kaiser um seinen Rath befragt, an höchster Stelle keinen Hehl gemacht haben. Jedenfalls steht es fest, daß die Bestrebungen, eine solche Verbindung zu Stande zu bringen, neuerdings gescheitert sind, obwohl sie sich, wie man hört, sehr hoher Befürwortung zu erfreuen gehabt haben. An diese Vorgänge knüpfen die Gerüchte an, welche man von Wien aus über ein Entlassungsgesuch des Kanzlers in die Welt gelangen ließ. Den Rücktritt des Fürsten Bismarck in diesem Augenblick, nachdem sich derselbe der höchsten Gunstbeweise und der vollkommenen Uebereinstimmung mit den Ansichten des Kaisers eben noch freuen konnte, würde man in der That nirgends verstanden haben."

— Aus dem Haag wird der „Kreuzzeitung" berichtet:

„König Wilhelm leidet fortgesetzt an Unterleibsbeschwerden, welche ihn verhindern, die neuen Kammern persönlich zu eröffnen. Auf Anrathen der Aerzte mußte der König auch den angekündigten Besuch von Antwerpen aufgeben, ebenso wird Wildungen in diesem Jahre wahrscheinlich nicht besucht werden.

— Der ausführende Ausschuß des Komitees zur Unterstützung der Ueberschwemmten in den deutschen Stromgebieten trat heute Vormittag zu einer Sitzung zusammen. Die Sammlung hat bis zum Schluß der Sitzung rund 305,000 M. ergeben, darunter 142,205, die an der Börse aufgebracht sind. Während der Sitzung liefen von dem Minister des Innern an den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Oberbürgermeister von Forckenbeck, zwei Schreiben ein; in dem einen übersandte er 5500 M. an den Ausschuß, darunter 1500 M. von dem kaiserlichen General-Konsulat in Brüssel, in dem anderen Schreiben zeigte Herr v. Puttkamer an, daß der Reichskanzler ihm die vom König von Italien gespendeten 40,000 Lire überwiesen habe, die der Minister des Innern dem ausführenden Ausschusse ebenfalls zur Verfügung stelle. Auch eine ganze Anzahl deutscher Städte hat die Erträge ihrer Sammlungen dem Berliner Komitee eingesandt. Von Herrn Baare in Bochum gingen während der Sitzung 5000 M. ein, die Hälfte als Beitrag von 5000 Arbeitern. Mehrfach ist, namentlich außerhalb Berlins, die Frage aufgeworfen worden, weshalb der Berliner Hülfsverein sich nicht als Zentral-Komitee für Deutschland konstituire. Davon glaubte man jedoch abstehen zu sollen, weil die Befürchtung laut wurde, es könne dies leicht dem Berliner Komitee als Ueberhebung ausgelegt werden. Das Berliner Komitee wird jedoch gern bereit sein, alle aus dem übrigen Deutschland ihm zur Verfügung gestellten Summen entgegen zu nehmen. Für die heutige Sitzung glaubte man sich auf die Erledigung der dringendsten Gesuche beschränken zu sollen, weil Herr von Puttkamer dem Herrn Oberbürgermeister von Forckenbeck mitgetheilt

hatte, daß er gern bereit sein würde, einen Regierungs-Kommissar in die Sitzung des ausführenden Ausschusses zu entsenden, um die erwünschten Auskünfte über die Lage in den Nothstandsgebieten ertheilen zu lassen, die Herr von Puttkamer bereist hat. Es sollen deshalb heute nur 5000 M. nach Preußisch-Holland und 3000 Mark nach Deutsch-Krone a. d. Brahe abgesandt werden. Zur Vertheilung sind bisher somit im Ganzen 176,000 Mark gelangt. Ueber weitere Vertheilungen soll in der nächsten Sitzung am Montag Vormittag beschlossen werden.

— Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, beabsichtigt der Kaiser, in der Bekleidung der Offiziere insofern eine Aenderung eintreten zu lassen, als in Zukunft statt der Epaulettes nur noch Achselstücke getragen werden sollen. Das Kriegsministerium soll mit Vorschlägen über Form und Ausstattung neuer Achselstücke bereits allerhöchsten Orts beauftragt sein.

— Nach einem Telegramm der „C. T. C.“ aus Brüssel beruht dem „Nord“ zufolge das Gerücht von dem eventuellen Abschlusse eines Handelsvertrages zwischen Rußland und Deutschland einstweilen noch auf Projekten, die in Petersburg gemacht seien und noch einer ernsthafteren Ausarbeitung unterzogen werden müßten. Man könne sich die großen Schwierigkeiten nicht verhehlen, die sich aus den wirthschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ergäben. So lange nicht der Boden in dieser Beziehung geebnet sei, dürfte kaum Platz für einen Handelsvertrag sein.

Ausland.

Wien, 5. April. Die „N. Fr. Pr.“, die sich in der letzten Zeit leidlich brav, ich meine deutsch, hielt, widmet heute der Kaiserin Viktoria einen langen, warmempfundenen und begeisterten Huldigungsartikel. Leider tritt aus demselben ein arger Pferdefuß hervor, die offenbar sehr undeutsche Absicht, die deutsche Kaiserin gegen die Deutschen bezw. gegen Bismarck aufzurufen. Es ist von der „unholden Abgunst“ die Rede, „welcher sie als eine Fremde, als unerwünschte Beratherin ihres kaiserlichen Gemahls erscheint. Alles Verdienst, das sie sich um ihn erworben in diesem finstern Jahre seiner Krankheit, vermag den eingewurzelten politischen Widerwillen nicht zu zerstören, der aus der Furcht emporwuchert, als könnten Tage über Deutschland kommen, in denen nicht bloß die militärische Kraft der Nation, sondern auch ihre Wohlfahrt und ihre Freiheit sich unbefangener Förderung zu erfreuen hätten, als könnte ein frischer Hauch aus Albion herüberwehen und die politische, wirthschaftliche, kirchliche Obmacht fortblasen, welche den rückschrittlichen Elementen in Staat und Leben zugefallen.“ Das Blatt scheint, enttäuscht über Kaiser Friedrich, nunmehr die Kaiserin für seinen „freisinnigen“ Bismarckhaß als Werkzeug gewinnen zu wollen. Welche neue Täuschung! Die „N. Fr. Pr.“ mißversteht völlig, daß die schuldige Ehrfurcht und Liebe, welche man in Deutschland der Kaiserin verdientermaßen als oberster Vertreterin und Leiterin des deutschen Frauenthums widmet, durch den allgemeinen Wunsch jedes deutschen Mannes, daß Frauen nicht große Politik machen sollen, durchaus nicht beeinträchtigt wird. Die „unholde Abgunst“ ist ein Hirngespinst der „Neuen Freien Presse“.

Wien, 6. April. Das ganze politische Interesse drängt sich in die Nachrichten der „Kölnischen Zeitung“ über den Reichskanzler zusammen. Die deutsch-feindlichen Blätter jubeln; auch das „Neue Wiener Tageblatt“ schlägt einen feindseligen Ton gegen Bismarck sowie gegen die „Kölnische Zeitung“ an; andere hoffen zuversichtlich, daß Bismarck's Rücktritt vermieden werde.

Es sind hier preußische Orden für die Abordnungen des Kaiser-Wilhelm-Regiments und des 10. Husaren-Regiments eingetroffen. Die Stabsoffiziere erhielten den Rothen Adler-Orden oder den Kronen-Orden zweiter Klasse, die Hauptleute den Kronen-Orden dritter, die Oberlieutenants den Rothen Adler-Orden vierter Klasse.

Paris, 5. April. Nicht nur wegen der Präsidentenwahl, sondern auch in seinem weitern Verlaufe war der gestrige Tag dem Ministerium Floquet ungünstig, denn daß die Kammer sich nur bis zum 19. d. M. vertagt hat, ist ein kaum noch verhülltes Mißtrauensvotum, das zu einem ganz offenen und direkten geworden wäre, wenn Floquet sich des Antrages seiner Freunde (Vertagung bis 15. Mai) angenommen und darüber die Kabinetsfrage gestellt hätte. Rechte und Opportunisten hatten darüber einen Pakt geschlossen, und wenn Floquet gestern nicht vorsichtig den Todten gespielt und gethan hätte, als ob die ganze Sache ihn gar nichts anginge, so war das Ministerium gestern gestürzt. Eigentlich hätte Floquet sich in diesem Kampfe nicht bei Seite halten dürfen, da die vom Senat gegebene Begründung dem Ministerium durchaus feindlich war und da der Opportunist Develle, indem er in der Kammer von der nöthigen „vigilance“ sprach, ein das Ministerium gradezu beleidigendes Mißtrauen zeigte, das um so bezeichnender war, als die Kammer sonst immer neuen Ministerien gegenüber milde auftritt und ihnen namentlich noch nie eine Verlängerung der Kammerferien verweigert hat. Floquet wußte aber sehr gut, was er gestern von den Opportunisten zu erwarten hatte, und deshalb wurde er selbst — Opportunist. Einstweilen werden wir nun 14 Tage lang wohl so ziemlich Ruhe haben, wenn die Boulangerei nicht neuen Zank und Lärm herbeiführt. Während dieser Zeit aber werden gewiß Anstrengungen gemacht werden, um ein Einvernehmen zwischen Opportunisten und Monarchisten, eine gegenseitige Versicherungs-Gesellschaft gegen die Gefahren des Radikalismus, herbeizuführen.

Paris, 5. April. Alle gemäßigt-republikanischen und reaktionären Blätter, sowie ein Theil der radikalen und boulangistischen Blätter setzen den Kampf gegen das Kabinet Floquet-Freycinet-Goblet mit erneuerter Heftigkeit fort. Eine besonders leidenschaftliche Haltung hat die sonst so gemäßigte „Liberte“ angenommen. „Das neue Kabinet“, meint sie, „habe gestern eine doppelte Verwarnung erhalten, welche ihm keine Täuschung über sein nahes Schicksal lassen könne. Die beiden Kammern hätten übereinstimmend und und unzweideutig kundgegeben, daß sie der Regierung nur wenig Vertrauen entgegenbrächten. Wenn eine Interpellation gestellt werden sollte, würde das Kabinet sofort darüber stürzen. In vierzehn Tagen werde das Kabinet im Senat und in der Kammer angegriffen werden, und nicht als Sieger aus dem Kampf hervorgehen.“ Der „Republique Francaise“ zufolge muß man die gestrige Abstimmung über die Dauer der Osterferien als eine Mißtrauenskundgebung betrachten. Die Regierung habe sich zwar nicht an dem Kampf betheiligt, aber ihre Freunde Andrieux, Dreyfus und Granet hätten, als sie die Dauer der Ferien bis zum 15. Mai verlangten, ihr mittelbar einen Vertrauensbeschluß verschaffen wollen, den die Kammer aber nicht bewilligt habe. Im Ministerium des Aeußern kündigt Goblet amtlich eine Durchsicht der Verfassung an, um gegen den Willen von 240 Kammer-Republikanern, des Senats und des Präsidenten der Republik, dessen Schicksal durch die Verfassungsdurchsicht bedroht sei, der gebieterischen Aufforderung von 132 Radikalen und 136 Monarchisten zu gehorchen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin 8. April. In der gestrigen, durch Herrn Kommerzienrath Karow abehaltenen ordentlichen General-Versammlung der Stettiner Walzmühle wurde nach reichlichen Abschreibungen die Vertheilung einer Dividende von 30 Prozent, zahlbar am 1. Mai, beschlossen. Die dem statutenmäßigen Turnus nach ausscheidenden Komiteemitglieder Herren Georg Grawitz und Wm. Heinr. Meyer wurden durch Akklamation wiedergewählt.

— Das Rößner-Theater, welches seit 8 Tagen im Zentralpalast Vorstellungen giebt, findet leider nicht so zahlreichen Besuch, als es bei den großartigen Spezialitäten, welche sich daselbst produziren, zu erwarten wäre und ist es daher nicht zu verwundern, daß Herr Direktor Rößner die Absicht hat, schon in den nächsten Tagen Stettin wieder zu verlassen, um einem vortheilhaften Engagement nach Petersburg zu folgen. Wir haben bereits einmal auf die ausgezeichneten Leistungen der einzelnen Künstler hingewiesen und wollen nochmals hervorheben, daß ein so vorzügliches Ensemble nur sehr selten zu finden ist, und der Beifall, welchen die Künstler allabendlich finden, ist ein in jeder Weise verdienter. Am heutigen Sonntag finden 2 Vorstellungen statt und hat jeder Besucher das Recht, in die um 4 Uhr beginnende Nachmittags-Vorstellung ein Kind frei einzuführen.

— Bei der hoffentlich bald eintretenden besseren Witterung und den alsdann beginnenden Ausflügen nach Gotzlow fällt uns wieder ein Uebelstand ein, der den dortigen beiden großen Lokalen „Gotzlow“ und „Sommerlust“ seit einigen Jahren anhaftet. Es finden dort, wie bekannt, Sonntags Konzerte zweier Kapellen statt und werden in jedem Lokale 15 Pf. Entree erhoben. Will nun Jemand nicht den ganzen Nachmittag auf einer Stelle bleiben, sondern sich in beiden Lokalen frei bewegen, so ist er gezwungen 30 Pf. zu zahlen, wodurch der Aufenthalt, namentlich den Familien, sehr vertheuert wird. Wenn wir nicht irren, war dies früher anders, denn es konzertirte die Kapelle des 34. Infanterie-Regiments in beiden Lokalen und war man gegen 15 Pf. Entree berechtigt, beide Lokale zu besuchen. Herr Musik-Dirigent Jancovius, der Dirigent obiger Kapelle, würde sich gewiß den Dank des Publikums erwerben, wenn er es ermöglichte, wieder eine derartige Einrichtung zu treffen. Die Kapelle aber dürfte bei dieser Einrichtung jedenfalls ein gutes Geschäft machen.

— Unsere Nachbarstadt Grabow a. O. soll eine Gasanstalt erhalten, darüber sind die Propheten resp. die Vertreter der Stadt einig, dagegen scheinen sie noch sehr uneinig über die Frage, was es für eine Gasanstalt werden soll. Während Herr Bürgermeister Knoll für eine Oelgasfabrik schwärmt und in einer kürzlich stattgehabten Versammlung für eine solche Propaganda zu machen suchte, hält man von anderer Seite das Oelgas bereits für einen überwundenen Standpunkt. In einer am Freitag Abend in Buergemeister's Lokal abgehaltenen Besprechung trat Herr Ober-Ingenieur Brennhauser für die Errichtung einer Steinkohlen-Gasanstalt ein und zwar hält er es für die Stadt am vortheilhaftesten, wenn einem Unternehmer das Privilegium zum Bau einer solchen übertragen würde. Redner ging eingehend auf das Projekt ein, während Herr Bürgermeister Knoll die einzige Rentabilität für die Stadt in einer Oelgasfabrik sah. Die Debatte war eine recht lebhafte, und die aus der Versammlung auftretenden Redner waren gleichfalls verschiedener Ansicht; einige empfohlen Oelgas, andere Steinkohlengas. In der Stadtverordnetenversammlung dürfte es demnächst gleichfalls noch harten Kampf geben, wenn die von den Stadtverordneten eingesetzte gemischte Kommission über die Sache Bericht erstattet. Hoffentlich scheitert bei diesem Streit das Projekt nicht ganz.

— In der Woche vom 1. bis 7. April wurden in der hiesigen Volksküche 1153 Portionen verabreicht.

— Dem Steuereinnehmer a. D. Kolbe zu Anklam ist der Rothe Adler-Orden 4. Klasse verliehen.

— Ein Kommando des Eisenbahnregiments in der Stärke von 4 Offizieren, 12 Unteroffizieren und 100 Mann, hat sich zur Herstellung einer provisorischen Eisenbahnbrücke auf ca. 14 Tage nach Kolberg begeben und daselbst Quartiere bezogen.

— (Ornithologischer Verein.) Sitzung vom 26. März. Der Vorsitzende, Herr Dr. Bauer, hält einen Vortrag über das Perlhuhn. Die Perlhühner, deren Zucht in der Umgegend Stettins augenscheinlich zurückgegangen ist, gehören zur Familie der Fasanvögel und stammen aus Afrika. Sie stammen ab von dem Hornperlhuhn, Numida meleagris, das hauptsächlich Nordwest-Afrika bewohnt. Die Nahrung des wilden Perlhuhns besteht meist in Kerbthieren, weniger in Beeren. Es ist in der Freiheit sehr scheu, wird jedoch beim Jagen mit Hunden zum Bäumen gebracht und dann geschossen. Es lebt in Schaaren von verschiedener Zahl, welche von einem alten Hahn geführt werden, der im Falle der Gefahr seine lauten trompetenartigen Töne hören läßt. Die Farbe des Perlhuhns ist in der Hauptsache blaugrau, die über und über mit weißen Tüpfelchen bedeckt ist. Hals und Kopf sind kahl. Unser Huhn ist schon frühe domestrizirt und wird besonders in Südamerika in großen Mengen gezogen, die dort beinahe wild leben. Es ist nicht nur gegen seinesgleichen sehr unverträglich und zänkisch, sondern auch gegen das andere Hofgeflügel, liebt außerdem zu bäumen und verleidet hierdurch und durch sein Geschrei manchem Züchter das Halten derselben. Das Fleisch ist vorzüglich und ähnelt dem Fasan, die Eier sind außerdem nutzbar, so daß es bedauerlich ist, daß die Zucht zurückgegangen. Redner empfiehlt noch Versuche mit der Zucht und dem Aussetzen der Perlhühner als Wild. — Herr Direktor Brunckow zeigt eine Sumpfohreule, Otus brachyotus, die er im vorigen Jahre im Forstrevier Mühlenbeck während des Schnepfenstriches geschossen hat. Der Vogel ist bei uns seltener und mehr nordischer Vogel. — Herr B. zeigte ferner einen Sperber, der bei Frauendorf in einem Hollunderbusch todt gefunden wurde. Derselbe hatte sich in einen Ast derart verkrallt, daß er die Fänge nicht wieder lösen konnte und elend umkam. — Herr Oberforstmeister v. Barendorff zeigt eine Spornammer, die bei Rügenwalde geschossen ist und jetzt schon im Uebergang zu dem auf dem Rücken schwarzen Sommerkleide steht. Der Vogel lebt nur im Norden und kommt im Winter auf dem Zuge zu uns. Sein verspätetes Auftreten erklärt sich wohl durch den strengen Winter. Schließlich werden noch zwei Gänsesäger, Morgus morganser, Männchen und Weibchen, und ein Haubensteißfuß, Podiceps christatus, welche bei Ziegenort geschossen, gezeigt. Endlich wird noch berichtet, daß am 23. März noch der Seidenschwanz beobachtet und am 26. der Storch eingetroffen ist. — Aufgenommen sind die Herren Kaufmann Käsemacher, Ide, G Schmidt und Apotheker Meyer.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 1 Mark Aufzahlung. Gastspiel der Hofopernsängerin Frl. Auguste Meyer vom Hoftheater in Mannheim. Zum 3. Male: „Die Walküre.“ Musikdrama in 3 Abtheilungen von Richard Wagner. — Bellevuetheater: „Robert und Bertram.“

Montag. Stadttheater: Zu halben Preisen (Parquet 1 Mark ꝛc.). „Der Vizeadmiral.“

Vor uns liegt ein hübsch ausgestattetes Buch, welches den Zweck verfolgt, auswärtigen Handelshäusern als Nachschlagebuch für alle Berliner Export-Artikel zu dienen. Dasselbe führt den Namen „G. Hildebrandt's Berliner Fabrikate“, Nachschlagewerk für alle Berliner Export-Artikel, und wird herausgegeben von dem Export-Inseraten-Bureau von Gustav Hildebrandt in Berlin SW. (13), Alexandrinen-Straße 111.

In dem Werke werden nicht allein die in Berlin erzeugten Artikel, leicht absatzfähige, gewinnbringende Neuheiten und Spezialitäten, sondern auch die leistungsfähigen Fabrikanten bekannt gegeben und haben somit Exporteure wie Importeure, welche Berliner Spezial-Artikel zu kaufen wünschen, die beste Gelegenheit, direkt mit den Produzenten in Verbindung zu treten. Ein alphabetisches Register ermöglicht die sofortige Auffindung des gewünschten Artikels.

Besonderen Werth erhält das Buch durch seine Ausführung in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache, wodurch es für das gesammte Ausland erst nutzbar wird.

Wir empfehlen dieses Buch, welches alljährlich erscheint, allen Handelshäusern, die mit Berlin Verbindung suchen. Dasselbe ist unter Beifügung von 6 Mark franko zu beziehen.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Mexiko geht der amerikanischen Zeitschrift „The Two Republics“ ein Drahtbericht über ein wahrhaft Grauen erregendes Ereigniß zu, das sich vorigen Sonntag in der Stadt Celaya in Mexiko zugetragen haben soll. Es fand an diesem Tage dort ein Stierkampf statt in einem hölzernen Gebäude, welches mit Zuschauern überfüllt war. Selbst den Sträflingen des städtischen Gefängnisses war gestattet worden, unter gehöriger Bewachung dem Schauspiele beizuwohnen. Ein Sträfling strich ein Zündhölzchen an, wodurch die Arena in Brand gerieth. Sofort entstand unter den Zuschauern eine furchtbare Panik, und wie wahnsinnig drängte alles nach den Ausgängen zu. Viele Weiber und Kinder sprangen von den höheren Gallerien in die Arena herab und erlitten schwere Verletzungen. Mittlerweile riß sich ein wild gewordener Stier von seiner Kette los, stürzte sich auf die am Boden liegenden unglücklichen Leute und verletzte eine Menge derselben mit seinen Hörnern. Im Ganzen wurden 18 Personen getödtet, 68 trugen schwere Brandwnnden davon, die sich in vielen Fällen als tödtlich erweisen dürften, über 100 wurden durch Springen von den Gallerien und 50 in dem Gedränge verletzt. In der Verwirrung entkamen alle Sträflinge.

Schiffsbewegung.

Bremen, 4. April. Der Schnelldampfer „Elbe“, Kapt. G. Meyer, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 24. März von Bremen und am 26. März von Southampton abgegangen war, ist heute Mittag wohlbehalten in Newyork angekommen.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 7. April. Seit der vergangenen Nacht herrscht wiederum kolossales Schneetreiben; neue Bahnstockungen sind eingetreten. Bei Praust fand ein Schienenbruch statt. Bei Sobbowitz steckt ein Zug im Schnee. Die Situation in dem Weichselgebiet ist fortgesetzt bedrohlich. Die Stimmung in der ganzen Provinz ist nachgerade eine verzweifelte.

Magdeburg 7. April. 70 Brennereibesitzer aus Sachsen und Anhalt erklärten ihren Beitritt zur Spiritusbank.

Hirschberg, 7. April. Die Verkehrsstörungen dauern an. Die Richtung Breslau war von gestern Abend bis heute Vormittag unfahrbar; jetzt treffen die Züge mit mehrstündiger Verspätung ein, weil an mehreren Stellen Züge feststecken. Aus Breslau ist der Zug heute noch nicht eingetroffen. Zwischen Schmiedeberg und Zillerthal sitzt der Personenzug fest, weshalb die Strecke gesperrt ist.

Görlitz, 7. April. Die Gebirgszüge sind sämmtlich wegen der Schneeverwehungen ausgeblieben. Auch jetzt haben wir noch anhaltenden Schneefall.

Sagan, 7. April. Seit gestern haben wir Schneegestöber. Die Breslauer Post ist ausgeblieben. Sämmtliche Züge verkehren mit Verspätung von 50 bis 70 Minuten.

Darmstadt, 7. April. Der Militärfiskus ist heute von dem Oberlandesgericht in Darmstadt verurtheilt, dem Invaliden Burkhard, welcher durch fortgesetzte Mißhandlungen zweier Unteroffiziere dienstuntauglich geworden war, eine jährliche Pension von 1260 Mark zu zahlen.

Brüssel, 7. April. Der „Nord“ bezeichnet die Unterstellungen, die an die Reise des Botschafters Nelidow nach Griechenland geknüpft werden, als durchaus irrthümlich, die Reise sei allein aus Gesundheitsrücksichten unternommen worden.

Paris, 7. April. Gestern fand zu Dünkirchen eine Wählerversammlung statt, an welcher sich etwa 2000 Personen betheiligten. Nachdem die Deputirten Vergoin und Laguerre gesprochen, wurde die Kandidatur Boulangers mit allen bis auf sechs Stimmen angenommen.

Der Abgeordnete Ribaut wird bei der Wiederaufnahme der Kammersitzungen einen Antrag für die Wiederherstellung des Arrondissement-Skrutiniums einbringen.

Dublin, 7. April. Eine Proklamation des Vizekönigs verbietet sechs heute abzuhaltende Volksversammlungen in den Grafschaften Clare, Cork, Wexford und Galway, durch welche dargethan werden sollte, daß die Nationalliga daselbst noch nicht unterdrückt sei. Die verbotenen Versammlungen sollen, falls deren Abhaltung versucht würde, nöthigenfalls durch Militär gesprengt werden.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 6. April, 12 Uhr Mittags, Unterpegel 1,71 Meter. — Steinau a. O., 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,47 Meter. — Glogau, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,75 Meter, fällt. — Warthe bei Posen, 6. April, Mittags, 4,08 Meter. — Pogorzelice, 6. April, 3,4 Meter. — Elbe bei Dresden, 6. April, + 1,33 Meter. — Magdeburg, 6. April, + 4,18 Meter.

Bromberg, 6. April. Wasserstand. 1. Stadtschleuse. Am Oberhaupt 5,74 Meter, am Unterhaupt 4,10 Meter am Pegel der neuen Stadtschleuse. — Netze bei Filehne, 4. April, 2,78 Meter, bei Usch, 5. April, 2,90 Meter. — Weichsel bei Deutsch-Fordon Pegel unter Wasser. Hafenschleuse, 4. April, 8,45 Meter, bei Warschau, 5. April, 2,75 Meter. Fällt weiter.